

## 2.1 Grundsätzliche Entwicklungen und Tendenzen im Menschenrechtsstadtprozess

Die gesamte Entwicklung in der kommunalen Menschenrechtspolitik seit der Menschenrechtserklärung der Stadt Graz vom 8.02.2001 bzw. seit dem Beitritt zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus im Jahre 2006 wird grundsätzlich positiv eingeschätzt. Die von der Grazer Stadtregierung bzw. vom Grazer Gemeinderat,<sup>2</sup> von den Grazer Behörden, von Schulen, Jugend-, Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialeinrichtungen (NGOs) seit Jahren gesetzten Initiativen und Projekte weisen mehrheitlich in die richtige Richtung und haben bislang zu zahlreichen richtungsweisenden Vorhaben in der Menschenrechtspolitik geführt. Die Stadt Graz verfügt unserer Wahrnehmung zufolge über ein sehr breit aufgestelltes Netzwerk an Institutionen und Personen – von Politik über Behörden bis zu NGOs – mit hoher menschenrechtlicher Expertise, der Fähigkeit und der weitgehend gut gegebenen Bereitschaft zur interinstitutionellen Zusammenarbeit in menschenrechtlichen Belangen. So sei in diesem Kontext für das Jahr 2008 etwa exemplarisch auf das interinstitutionelle Netzwerksprojekt „HUM – Menschenrechte als gelebte Alltagskultur“<sup>3</sup> unter der Koordination der ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus und des Vereins XENOS hingewiesen. Dieses Menschenrechtsnetzwerk hat das Magazin und die DVD „HUM“ herausgegeben, welche für die Menschenrechtsbildung Verwendung finden. Die zitierte Zusammenarbeit der einschlägigen Institutionen zeigt sich u.a. auch im Grazer Menschenrechtsbeirat oder in der vom Land Steiermark eingerichteten Steirischen Integrationsplattform.

Unserer Einschätzung zufolge bestehen somit ausreichende Expertise, Fachkompetenz und auch institutionelle Strukturen, um die gesamte notwendige Menschenrechtsarbeit in Graz nachfrage- und bedarfs-

bezogen leisten zu können. **Woran es unserer Einschätzung zufolge jedoch leider mitunter fehlt, ist der nachhaltige, parteiübergreifende politische Wille, um die erforderlichen Vorhaben ausreichend, bedarfs- und nachfragebezogen zu finanzieren.** Dieser Kritikpunkt betrifft nicht einzelne StadtregiererInnen, sondern die Stadtregierung als Kollektivorgan. Wenn sich eine Stadt als „Menschenrechtsstadt“ international positioniert, so ist damit die moralische und politische Verpflichtung explizit gegeben, die dazu erforderlichen Ressourcen einzubringen, da andernfalls nicht von substanzieller Menschenrechtspolitik gesprochen werden kann, sondern allenfalls von einer PR- oder Marketingmaßnahme. Trotz der zitierten „Schritte in die richtige Richtung“ ist die Grazer Stadtregierung ressortübergreifend gefordert, in den kommenden Jahren deutlich höhere Ressourcen für Menschenrechtsprojekte in Graz zur Verfügung zu stellen, diesbezüglich im Dialog mit Behörden, NGOs und den BürgerInnen eine realistische Bedarfsschätzung vorzunehmen und die daraus sich ergebenden Finanzmittel einzubringen. Abgesehen von ausreichenden Finanzierungen sollte die Stadt Graz für langfristige Vorhaben der Menschenrechtsarbeit nicht nur einjährige, sondern mehrjährige Förderungsverträge abschließen, um Kontinuität und Nachhaltigkeit sicherzustellen. Die aktuelle Weltwirtschaftskrise wie auch die Finanznot der Stadt Graz dürfen dabei nicht als Vorwand genommen werden, um die Menschenrechtsarbeit stagnieren zu lassen oder gar einzuschränken. Wir empfehlen zur Sicherung einer ausreichenden Finanzierung die Neuverhandlung der politischen Prioritätensetzungen für die Vorhaben der Menschenrechtsstadt.

<sup>2</sup> Ausdrücklich auszunehmen vom positiven Befund zur Grazer Menschenrechtssituation sind dabei die FPÖ und das BZÖ wegen ihrer unentwegten rassistischen Hetze gegen AsylwerberInnen, Muslime und MigrantInnen (vgl. dazu u.a. das Wahlkampfmonitoring des Grazer Menschenrechtsbeirates zur Gemeinderatswahl 2008)

<sup>3</sup> Bei diesem Projekt haben folgende 11 Einrichtungen mitgewirkt: ETC Graz, kija Steiermark, Verein XENOS, ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus, ISOP GmbH, Gleichbehandlungsanwaltschaft Steiermark, helping hands, Caritas Lerncafe Gries/Lend, Kulturvermittlung Steiermark, Friedensbüro Graz, Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz,

## 5.2 Evaluierung der Allgemeinen Empfehlungen

Die ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus übermittelte der Geschäftsstelle einen umfassenden Beitrag zur Einschätzung des Fortschrittes im Menschenrechtsstadtprozess unter besonderer Berücksichtigung der Allgemeinen Empfehlungen des Menschenrechtsberichtes 2007.

**Ad „Der Menschenrechtsbeirat empfiehlt der Stadt Graz, verstärkte Aufklärungsarbeit und Bewusstseinbildung gegen Diskriminierung zu leisten, öffentlich und eindeutig gegen Diskriminierung Stellung zu beziehen sowie Verantwortung zu zeigen und zu übernehmen.“:**

Aus der Sicht der ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus sind folgende Initiativen sinnvoll:

Integrationsprojekte wie „Wir sind Graz“ und vergleichbare Projekte anderer Einrichtungen sollten ausgebaut, bedarfsbezogen finanziert und langfristig (mehrjährig) durchgeführt werden.

Projekte wie IKU und Einrichtungen wie z. B. ISOP, ETC Graz, Afro-Asiatisches Institut, helping hands, kija, XENOS, Caritas u.v.m. helfen mit, dass sich die Stadt Graz in die richtige Richtung in der Menschenrechtspolitik entwickelt. Es ist jedoch eine schnellere Entwicklung mit höheren Fördermitteln dringend einzumahnen. Das Motto müsste lauten: Keine Kürzungen, sondern massive Erweiterungen der Fördermittel für diese Einrichtungen, die seit Jahren die Grazer Menschenrechtsarbeit tragen.

Um verstärkte Aufklärungsarbeit und Bewusstseinbildung zu den Menschenrechten machen zu können, ist die **Einrichtung eines Projektfonds zur Förderung der Menschenrechtsbildung** anzuraten. Privatpersonen, Schulen und NGOs könnten ihre Ideen für die Menschenrechtsarbeit in Projektform einbringen und durch Projektförderungen in die Tat umsetzen. Der Projektfonds sollte mit einer Gesamtförderungssumme von EURO 1 Mio. pro Jahr dotiert sein und dürfte **keinesfalls zu Lasten der bestehenden Budgets der Menschenrechtsarbeit** gehen, sondern eine zusätzliche Finanzierung der Menschenrechtsarbeit darstellen. Die inhaltliche Beurteilung der Förderwürdigkeit von Projekten sollte beim Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz liegen.

Das durchaus erfolgreiche Wahlkampfmonitoring des Grazer Menschenrechtsbeirates im Gemeinderatswahlkampf 2008 sollte ein menschenrechtliches Standardangebot für Wahlen auf Stadt,- Landes,- Bundes- und EU-Ebene werden. Ein Wahlkampf darf nicht auf Kosten von Menschen wie Flüchtlingen, BettlerInnen, MigrantInnen, AsylwerberInnen oder Punks gehen – diskriminierende Beiträge, ob als Plakate, Wahlbroschüren, Zeitungskommentare oder Interviews usw., sollten gerade in der Menschenrechtsstadt Graz, aber auch darüber hinaus, tabu sein. Hierin könnte der Menschenrechtsbeirat bzw. die Stadt Graz eine bundesweite Vorreiterrolle übernehmen und die Monitoring-Idee über den Gemeinde- und Städtebund auf allen Politikerebenen forcieren.

**Ad „Der Menschenrechtsbeirat empfiehlt der Stadt Graz, den Rechtsschutz gegen Diskriminierung zu verbessern und auszuweiten.“:**

Die Stadt Graz soll alle Fälle von Diskriminierung konsequent wahrnehmen, dokumentieren und rechtlich verfolgen, aber auch den Opferschutz für Diskriminierungsopfer konsequent weiterentwickeln. In diesem Kontext empfiehlt die ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus, das diesbezügliche Beratungs- und Betreuungsangebot von helping hands dem Bedarf und der Nachfrage gemäß zu finanzieren. Generell empfehlen wir der Stadt Graz, in Zusammenarbeit mit allen politischen Fraktionen, Behörden, NGOs, Schulen und engagierten Privatpersonen jedwede Form von Diskriminierung konsequent zu ahnden, vom energischen Widerspruch über Bildungsmaßnahmen bis zu juristischen Konsequenzen. Diskriminierung darf in einer Menschenrechtsstadt niemals als „Kavaliersdelikt“ reüssieren, sondern ist als Rechts- und Anstandsverletzung mit Konsequenzen zu versehen. In Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachgruppen der Wirtschaftskammer Steiermark und mit der Arbeiterkammer Steiermark empfehlen wir der Stadt Graz gegen diskriminierende Unternehmen (z.B. bei illegaler Beschäftigung von SchwarzarbeiterInnen, bei diskriminierenden Wohnungs- oder Stelleninseraten oder beim Verhängen von Lokalverboten für AfrikanerInnen) zum einen die gegebenen rechtlichen Maßnahmen bis hin zum Entzug der Gewerbeberechtigung konsequent zur Anwendung zu bringen. Darüber hinaus sollte seitens der Stadt Graz in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern auch ein Bildungs- und Sensi-

### Gesetzgebung und Wirkungsbereiche

<p><b>Empfehlungen</b> Der Menschenrechtsbeirat empfiehlt, der Charta zum Schutze der Menschenrechte in der Stadt beizutreten (Netzwerk „Konferenz der Städte für die Menschenrechte“).</p> <p><b>Umsetzung</b></p> <p style="text-align: center;"> <input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>          ja    nein    teils       </p> <p><b>Welche Maßnahme(n) wurden gesetzt? Sonstige Anmerkungen?</b> Die Empfehlung ist noch nicht umgesetzt worden.</p>	<p><b>Umsetzung</b></p> <p style="text-align: center;"> <input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>          ja    nein    teils       </p>
<p><b>Empfehlungen</b> Der Menschenrechtsbeirat empfiehlt, der Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene beizutreten (Council of European Municipalities and Regions, „Acting locally for Equality“ 2006).</p> <p><b>Umsetzung</b></p> <p style="text-align: center;"> <input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>          ja    nein    teils       </p> <p><b>Welche Maßnahme(n) wurden gesetzt? Sonstige Anmerkungen?</b> Die Empfehlung ist noch nicht umgesetzt worden.</p>	<p><b>Umsetzung</b></p> <p style="text-align: center;"> <input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>          ja    nein    teils       </p>

### Verbot der Diskriminierung

<p><b>Empfehlungen</b> Es wird empfohlen, durch Aufklärungsarbeit auf gängige Diskriminierungspraktiken, insbesondere in den Bereichen Arbeit, Wohnen und öffentliche Dienstleistungen wie Bedienung in Lokalen, hinzuweisen und in Wiederholungsfällen die Gewerbeberechtigung zu entziehen.</p> <p><b>Umsetzung</b></p> <p style="text-align: center;"> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>          ja    nein    teils       </p> <p><b>Welche Maßnahme(n) wurden gesetzt? Sonstige Anmerkungen?</b> Die Stadt Graz unterstützt verschiedene Einrichtungen, die Aufklärungsarbeit leisten, und unterschiedliche Projekte in diesem Bereich. In Schulen des Bezirks Jakomini wurden auf Initiative von grünem BR Kuhn Projekte von Helping Hands und Xenos durchgeführt. Innerhalb des Grünen Arbeitskreises Integration und Menschenrechte sind Aktivitäten im Bereich Diskriminierung im Gesundheitsbereich geplant.<sup>12</sup> Laut Auskunft von Helping Hands Graz sind trotz entsprechender diskriminierender Vorfälle weder ein Entzug noch eine Drohung des Entzugs der Gewerbeberechtigung bekannt.</p>	<p><b>Umsetzung</b></p> <p style="text-align: center;"> <input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>          ja    nein    teils       </p>
<p><b>Empfehlungen</b> Hinsichtlich der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt wird eine konsequente Koppelung von Wirtschaftsförderungen und der öffentlichen Auftragsvergabe an Gleichstellungsmaßnahmen empfohlen. Dies sollte von der Stadt Graz und auch vom Land Steiermark in die Wege geleitet werden.</p> <p><b>Umsetzung</b></p> <p style="text-align: center;"> <input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>          ja    nein    teils       </p> <p><b>Welche Maßnahme(n) wurden gesetzt? Sonstige Anmerkungen?</b> Das Thema bildet einen permanenten Diskussionsgegenstand im Koalitionsausschuss, bis dato jedoch ohne konkrete Ergebnisse.<sup>13</sup> Die Empfehlung ist noch nicht umgesetzt worden.</p>	<p><b>Umsetzung</b></p> <p style="text-align: center;"> <input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>          ja    nein    teils       </p>

<sup>12</sup> Vgl. Grüner Gemeinderatsklub, Binder Sigrid, Beitrag zum Menschenrechtsbericht 2008.

<sup>13</sup> Vgl. Grüner Gemeinderatsklub, Binder Sigrid, Beitrag zum Menschenrechtsbericht 2008.